

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen am 31.05.1999

Sitzungsort:

im Ratssaal, Verwaltungsgeb. II,

Sitzungsdauer:

17.00 Uhr - 18.40 Uhr

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Beigeordneter Wilhelm Leeker - Vorsitzender -
Beigeordneter Hans-Dieter Haase
Ratsfrau Herta Everwien
Ratsherr Horst Jahnke
Ratsfrau Inge Hoffmann
Ratsherr Richard Woldmer

für Ratsherrn Wilhelm Jerems

CDU

Beigeordneter Heinz Werner Janßen
Ratsfrau Monika Hoffmann
Ratsherr Nils Köhler
Ratsherr Reinhard Hegewald

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Bernd Renken

Nichtstimmberechtigtes Mitglied

F.D.P. (Grundmandat)

Ratsherr Erich Bolinius

von der Verwaltung

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann
Erster Stadtrat Ludwig Hemken
Stadtbaurat Jan Röttgers
Stadtrat Ewald Fürst
Städt. Oberamtsrat Dieter Mansholt
Stadtamtsrat Heinz Steenhardt
Stadtoberinspektor Klaus Christians

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen am 31.05.1999

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlußfähigkeit

Herr Leeker eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Punkt 3: Vorlage T 13/883
I. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 1999

Herr Brinkmann leitet ein, daß die heutige Sitzung einen erfreulichen Anlaß habe. Er erinnert an die finanzielle Krise der Jahre 1993/94 und stellt die Eckpunkte des I. Nachtrages, insbesondere die bauliche Unterhaltung und den Abbau der aufgelaufenen Defizite dagegen.

Herr Hemken führt aus, daß der Nachtrag 1999 in Zusammenhang mit dem Jahresabschluß 1998 gesehen werden müsse, der die Halbzeit des Doppelhaushalts 1998/99 darstelle. Im Herbst letzten Jahres habe es in bezug auf die Personalkosten, die Steuern und den Finanzausgleich Unsicherheiten gegeben.

Bezüglich der Personalkosten war unklar, was der Tarifabschluß an Mehrausgaben bringen würde. Die großen Steuerzahler der Stadt Emden signalisierten für die Entwicklung im Jahre 1999 zunächst Zurückhaltung. Der Finanzausgleich stehe in scharfer Wechselwirkung zur Steuerkraft der Stadt, die wiederum maßgeblich von der Gewerbesteuer abhängt. Nach dem alten Finanzausgleichsgesetz hätte sich die Einnahme aus dem Finanzausgleichsgesetz von 25 Mio. DM auf 12,5 Mio. DM halbiert. Zudem wäre eine Gewerbesteuerumlage von 7 Mio. DM angefallen.

Nach neuem Recht wurde die Mehrausgabe der Gewerbesteuerumlage in Höhe von 7 Mio. DM durch die Mehreinnahmen des Finanzausgleichs voll kompensiert. Der Abschluß 1998 konnte durch Gewerbesteuermehreinnahmen um 38 Mio. DM verbessert werden, so daß statt eines erwarteten Fehlbetrages von 43,9 Mio. DM nur ein Fehlbetrag von 5,9 Mio. DM entstand.

Herr Hemken erläutert den Abschluß des Jahres 1998 anhand ausgewählter Daten. Die freie Spanne entwickelte sich positiv, es sei zu hoffen, daß die Einnahmen die Pflichtausgaben bald wieder übersteigen. Bei den Steuereinnahmen ragte die Gewerbesteuer heraus, die in 1998 höher war als im ertragsstarken Jahr 1990. Die Personalausgaben lagen 1998 dank der Beibehaltung personalwirtschaftlicher Maßnahmen unter 60 Mio. DM. Ohne diese Maßnahmen wären für 1999 Personalausgaben in Höhe von 74 Mio. DM zu erwarten gewesen. Die Ausgaben für die Sozialhilfe waren nach dem Höchststand von 80 Mio. DM in 1995 rückläufig. Bei den Finanzausgaben falle der Rückgang der Zuführung an den Vermögenshaushalt ins Auge, dennoch konnten im Vermögenshaushalt Investitionen durchgeführt werden. Dies wurde ermöglicht durch Ankauf von Grundvermögen und Verkauf erschlossener Grundstücke und verstärkte Einwerbung von EU- und sonstigen Zuschüssen u. a. zur Erschließung von Gewerbegrundstücken. Die Stadt habe in 1998 und den Jahren davor nicht nur konsolidiert, sondern auch investiert.

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen am 31.05.1999

Herr Hemken erläutert anschließend die Eckdaten des I. Nachtrages 1999. Im Verwaltungshaushalt seien erstmalig sowohl bei den Gewerbesteureinnahmen als auch im Finanzausgleich Mehreinnahmen von 33,6 Mio. DM bzw. 5,9 Mio. DM zu erwarten. Diese günstige Konstellation ergebe sich durch die Neuordnung des Finanzausgleichs. Im neuen Finanzausgleichsgesetz wurden erstmals die Ausgaben für die Sozialhilfe berücksichtigt, dies habe sich als positiv für Emden erwiesen. Weiterhin stelle der neue Finanzausgleich in Rechnung, daß eine kreisfreie Stadt auch Kreisaufgaben mit den entsprechenden Ausgaben habe. Die Ausgleichsintensität zwischen der Steuerkraft einer Kommune auf der einen Seite und der Bedarfsmeßzahl auf der anderen Seite wurde auf 75 % erhöht. Die gestiegenen Gewerbesteureinnahmen seien auf konjunkturelle Aufwärtsbewegungen zurückzuführen. Der Umschlag im Seehafen Emden wurde um 15 % gesteigert, während das Volkswagenwerk seine Produktion sogar um 48 % ausweiten konnte. Ein Wermutstropfen auf der Einnahmenseite seien die zu erwartenden Mindereinnahmen bei der Umsatzsteuer in Höhe von 0,8 Mio. DM sowie bei der Einkommensteuer in Höhe von 2,2 Mio. DM.

Auf der Ausgabenseite stehen zunächst die Verlustabdeckung der Vorjahre mit insgesamt 21,5 Mio. DM sowie die Verringerung des Fehlbedarfs 1999 mit 8,1 Mio. DM. Durch die tariflichen Änderungen sei mit linearen Erhöhungen der Personalkosten von 1,7 Mio. DM zu rechnen. Die bauliche Unterhaltung im Hoch- und Tiefbau sei mit je 2,5 Mio. DM veranschlagt. Mit diesen Mitteln würden nicht nur die schlimmsten Schäden, sondern auch das in diesem Jahr Machbare finanziert. Daneben sei ein weiterer Betrag von 1 Mio. DM für die Unterhaltung der Verwaltungsgebäude I und II vorgesehen. Für die Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würden 0,4 Mio. DM benötigt. Ein Betrag in gleicher Höhe sei für Vorhaben in den Schulen eingeplant. Einsparungen ergeben sich bei den Zinsen für Kassenkredite, die aufgrund der günstigen Liquiditätslage nicht wie geplant in Anspruch genommen würden.

Der Nachtrag habe im Vermögenshaushalt ein Volumen von 16,6 Mio. DM. Damit würden der Kreisel im Gewerbegebiet Kaiser-Wilhelm-Polder mit 4 Mio. DM, der 2. Bauabschnitt des EGZ mit 2,8 Mio. DM, Erschließung in den Baugebieten Hoher Weg und Borssum mit 4,59 Mio. DM, die neue Turnhalle in Borssum mit 1,8 Mio. DM, die neue Betriebseinrichtung des Chemischen Untersuchungsamtes mit 0,8 Mio. DM, Investitionen in Schulen mit 0,3 Mio. DM, Investitionen in der Nordseehalle mit 0,75 Mio. DM, Ausbau der Mühlenstraße mit 0,28 Mio. DM sowie feuerwehrtechnische Ausstattung mit 0,46 Mio. DM finanziert. Fast die Hälfte des Nachtrages zum Vermögenshaushalt werde durch Zuschüsse ermöglicht. Die Erschließungsmaßnahmen am Hohen Weg und in Borssum würden in voller Höhe aus entsprechenden Veräußerungserlösen finanziert.

Herr Haase betont die positive Steuerentwicklung bei gleichzeitigen Mehreinnahmen im Finanzausgleich. Gleichzeitige positive Entwicklung in beiden Bereichen sei neu. Die begonnene Konsolidierung des Haushalts müsse fortgesetzt werden und der Abbau der Kassenkredite weitergehen. Die Maßnahmen im Hoch- und Tiefbau seien arbeitsmarktpolitisch wichtig. Bei allen Investitionen müsse aber auch an die Folgekosten gedacht werden.

Herr Janßen ist der Meinung, daß die früheren Konsolidierungsprogramme der Grundstein der heutigen Lage gewesen seien. Er halte es für wichtig, daß die Schulden getilgt werden, um der nachfolgenden Generation keinen Schuldenberg zu hinterlassen. Beim Finanzausgleich habe die Stadt von der Klage anderer Kommunen in Bückeberg profitiert. Herr Janßen ist der Meinung, daß die Bauunterhaltung sehr wichtig sei und erinnert an die Kosten, die entstehen, wenn nichts getan werde.

Herr Renken ist erfreut über die für Emden positive Entwicklung. Er erinnert daran, daß die Mittel für den Finanzausgleich insgesamt nicht erhöht wurden und Emden von der Umverteilung unter den Kommunen profitiere. Die weitere Verfolgung der bisherigen Konsolidierungsmaßnahmen sei richtig. Er halte den Doppelhaushalt im Gegensatz zu anderen Mei-

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen am 31.05.1999

nungen nicht für gut. Herr Renken wünscht eine Wiederaufnahme der Beratungen in den Fachausschüssen.

Herr Bolinius spricht sich ebenfalls für die Einbeziehung der Fachausschüsse aus. Er sei erfreut darüber, daß Mittel für Aus- und Fortbildung bereitgestellt würden. Für die Unterhaltung müsse aber noch mehr getan werden. Der Abbau der Defizite müsse weiter betrieben werden, die jetzt hohen Gewerbesteuereinnahmen sollten vorsichtig betrachtet werden.

Herr Jahnke betont, daß man nicht vergessen habe, daß es ein gemeinsames Haushaltskonsolidierungsprogramm gegeben habe. Daher wolle man auch in den jetzigen guten Zeiten den Dialog mit den anderen Fraktionen suchen. Ausdrücklich begrüßt er die Absicherung des Baues der Sporthalle in Borssum durch den Nachtragshaushalt. Er möchte wissen, ob ein konkreter Betrag für den seit Jahren vernachlässigten Stadtteil Friesland zur Verfügung stehe.

Herr Brinkmann erläutert, daß zunächst die Planung für eine Maßnahme dieses Ausmaßes vorangetrieben werden müsse. Im Herbst könnten frühestens Baumaßnahmen beginnen, die auch sichtbar seien.

Herr Bolinius möchte erfahren, wo die Prioritäten im Bereich der baulichen Unterhaltung gesetzt werden.

Herr Brinkmann rät dazu, die von Fachleuten erstellte Reihenfolge der Maßnahmen nicht zu ändern.

Herr Hegewald möchte wissen, ob die Mehreinnahmen von 7 Mio. DM im Finanzausgleich auch gesichert seien, was von **Herrn Hemken** aufgrund der jetzigen Gesetzeslage bestätigt wird.

Herr Leeker läßt über die Vorlage T 13/883 abstimmen.

Die Vorlage wird zur Beratung an die Fraktionen verwiesen.

Punkt 4: Vorlage T 13/884
Eckdatenbeschluß zum Haushalt 2000

Herr Hemken führt aus, daß der Eckdatenbeschluß ein wesentliches Instrument des Neuen Steuerungsmodells sei. Er erläutert nochmals die Kernpunkte des Eckdatenbeschlusses vom 09.07.1998. Danach mußten personalwirtschaftliche Maßnahmen bis zum Vorliegen einer Personalbedarfsplanung aufrecht erhalten werden, Maßnahmen zur Senkung der Sozialausgaben mit Ausnahme der Jugendhilfe ergriffen werden bis man den Durchschnittswert vergleichbarer Städte erreicht habe und Nettoerlöse aus Vermögensveräußerungen zur Schuldentilgung einschließlich Wirtschaftsförderung verwendet werden. Ferner sollten sächliche Verwaltungs- und Betriebsausgaben nur in Vorjahreshöhe veranschlagt und eine Nettoverschuldung vermieden werden. Vom Grundsatz, eine Neuverschuldung zu vermeiden, wurde abgewichen, um rentierliche Darlehen für die Abwasserbeseitigung und Darlehen für wirtschaftsfördernde Maßnahmen aufzunehmen.

Herr Hemken erläutert anschließend die Eckdaten zum Haushalt 2000. Der Verwaltungshaushalt für das Jahr 2000 weise einen Fehlbedarf von 4,65 Mio. DM aus, wobei sich die Höhe der Einnahmen und Ausgaben durch die Berücksichtigung innerer Leistungsverrechnungen noch ändern könne. Anhand der Entwicklung der Gewerbesteuern seit 1988 verdeutlicht Herr Hemken die großen Schwankungen dieser Einnahmeposition. Durchschnittlich betrug das Gewerbesteueraufkommen der letzten zehn Jahre 44,5 Mio. DM und wurde

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen am 31.05.1999

daher für das Jahr 2000 mit 50 Mio. DM veranschlagt. Der Gemeindeanteil an der Einkommens- und Umsatzsteuer wurde mit 25,5 Mio. DM kalkuliert, hier könne man nur hoffen, daß der Ansatz erreicht werde. Aufgrund der hohen Gewerbesteuereinnahmen werde man beim Finanzausgleich mit einem Rückgang der Einnahmen auf 24,5 Mio. DM rechnen müssen. Die Personalausgaben werden durch den letzten Tarifabschluß linear auf 63 Mio. DM steigen, während die Ausgaben für soziale Leistungen konstant bleiben. Für die bauliche Unterhaltung sei der Ansatz auf 12 Mio. DM aufgestockt worden. Durch die verbesserte Liquiditätslage könne weitgehend auf Kassenkredite verzichtet werden, so daß die Zinsausgaben nur noch mit 9 Mio. DM veranschlagt werden. Die Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt sei in Höhe der ordentlichen Tilgung vorgesehen. Herr Hemken betont, daß der Finanzrahmen des Vermögenshaushalts ausgeweitet werden könne durch Maßnahmen, die sich durch Zuschüsse, Beiträge oder Veräußerungserlöse finanzierten.

Herr Bolinius möchte wissen, wie hoch der Betrag sei, den die Stadt im Rahmen der baulichen Unterhaltung vor sich herschiebe.

Herr Röttgers antwortet, daß die letzten Schätzungen im Bereich der Schulen von 20 Mio. DM ausgingen, dazu kämen für die weiteren städtischen Gebäude ein Betrag von 9 Mio. DM.

Herr Brinkmann ergänzt, daß man nicht von einem dreistelligen Betrag ausgehen könne, sondern daß der Gesamtbedarf bei etwa 40 Mio DM liegen würde.

Herr Renken spricht die hohen Haushaltsausgabereise an. Er wünscht eine Übersicht über die noch ausstehenden Maßnahmen. Die bereitgestellten Mittel sollten auch zügig eingesetzt werden. Weiterhin schlägt er vor festzustellen, welche Teile des städtischen Vermögens gebraucht werden und welche Vermögensgegenstände veräußert werden könnten.

Herr Hemken erklärt, daß man in der Vergangenheit zugegriffen habe, wenn es darum ging, Zuschüsse zu sichern. Dies habe man bewußt getan, auch wenn man gewußt habe, daß sich die Abwicklung verzögern werde. Die von Herrn Renken gewünschte Übersicht werde erstellt. Bei der Veräußerung des Vermögens sei zu bedenken, daß nur ein geringer Teil des kommunalen Vermögens überhaupt verwertbar sei. Die Dinge, die veräußerbar waren, wurden in der Vergangenheit auch verkauft.

Herr Leeker läßt über die Vorlage T 13/884 abstimmen.

Die Vorlage T 13/884 wird zur weiteren Beratung an die Fraktionen verwiesen.

Punkt 5: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Punkt 6: Anfragen

Herr Hegewald möchte wissen, wann mit dem Baubeginn für das neue Einkaufszentrum zu rechnen sei. **Herr Röttgers** antwortet, daß nach seinen Informationen Anfang Juni als Baubeginn geplant war.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.40 Uhr.

Eine nichtöffentliche Sitzung fand nicht statt.